

XXI. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 27. Beiratssitzung am 25.11.2025
Sitzungsraum des Orsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:50 Uhr

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

SPD: Maren Wolter, Lizza Besecke, Niels Heide, Bianca Lönnecker, Alessandro Bünnapel, Werner Müller

CDU: Helga Lürßen, Martin Hornhues, Kerstin Curtius, Isolde Eyler, Heiko Klepatz

Bündnis 90 / Die Grünen: Ulrike Schnaubelt

Bündnis Deutschland: Jens-Rainer Jurgan

FDP: Julian Serbest

BSW: Rainer Tegtmeier

Parteilos: Oliver Meier

Vorsitzender: Florian Boehlke, Ortsamtsleiter

Protokoll: Sabine Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Mark Vobker, Quartiersmanagement Marßel

Rowena Schröder, Vertretung Amt für soziale Dienste

Reiner Berlips, Vertretung Immobilien Bremen

Annika Werner, Vertretung Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Herr Boehlke weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Orsamtes am 13.11.2025 fristgerecht verschickt.

Es liegt eine Änderung vor:

Frau Mirsch hat ihren Bürgerantrag zurückgezogen, nachdem das Ortsamt mitteilen konnte, dass die Straßenlaternen in der Lesumbroker Landstraße mit insektenfreundlichen Leuchtmitteln ausgestattet sind.

Beschluss zur Tagesordnung: (einstimmig)

Die Tagesordnung wird beschlossen.

TOP 1: Anträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten von Bürger: innen

Ein Bürger beschwert sich, dass am Bahnübergang Grambkermoorer Landstraße das Wartehäuschen entfernt wurde, ebenso fehlen die Hinweisschilder „Motor abstellen“.

TOP 2: Vorstellung des neuen Quartiersmanagers für Marßel

Herr Boehlke begrüßt Marc Vobker. Er ist seit Mitte Oktober der Nachfolger von Frau Fischer. Nach Wochen der Einarbeitung habe er heute die Gelegenheit sich im Beirat kurz vorzustellen.

Herr Vobker stellt sich kurz vor. Er sei bis Jahresende mit halber Arbeitszeit in Marßel. Er arbeite mit der anderen Hälfte seiner Arbeitszeit noch in Huckelriede beschäftigt. Dort sei er seit 2014 als Quartiersmanager tätig.

Er habe sich bereits ein Bild über die Herausforderungen in Marßel machen können. Dazu gehöre die Schaffung eines Quartierszentrums, auch weil das Nachbarschaftshaus nicht barrierefrei sei. Er sehe die teilweise leerstehenden Läden am Helsingborger Platz als problematisch an. In Marßel gebe es einen Generationenwechsel, es seien viele Geflüchtete in das Quartier gezogen. Dadurch gebe es viel Unterstützungsbedarf.

Frau Wolter begrüßt Herrn Vobker und bietet die Unterstützung des Beirates an.

Herr Hornhues heißt Herrn Vobker ebenfalls willkommen und fragt, wann er in Marßel mit voller Arbeitszeit zur Verfügung stehe.

Frau Lürßen geht davon aus, dass er immer erreichbar sei, aber wann sei er vor Ort? Sie fragt nach Tagen und Uhrzeiten.

Herr Müller merkt an, er sei sich sicher, dass Marßel von seinen Erfahrungen profitieren werde. Er wünschte sich eine gute Zusammenarbeit.

Herr Vobker antwortet, dass er unbefristet im Amt für Soziale Dienste angestellt sei. Seine Stelle in Marßel sei zunächst bis Ende Mai befristet, weil seine Vorgängerin in eine andere Stelle abgeordnet wurde. Ab Januar 2026 ist er in Vollzeit für Marßel tätig.

Vor Ort sei er noch nicht erreichbar, aber er versuche, montags und freitags in Marßel zu sein und ab und zu mittwochs. Das sei nur begrenzt steuerbar, da er noch in Huckelriede tätig sei. Per E-Mail sei er immer zuverlässig erreichbar. Ab dem kommenden Jahr werde die Erreichbarkeit sich verbessern.

Frau Wolter teilt mit, dass die WIN-Förderung in der Beirätekonzferenz Thema war, die Mittel sollen bis zum Jahr 2031 fortgeführt werden und für zwei Jahre solle die Verteilung gleichbleiben. Marßel soll bei der 100% Förderung bleiben.

TOP 3: Spielplatz Landskronastraße (Vorstellung des 2. Bauabschnitts)

Herr Boehlke begrüßt Rowena Schröder vom Amt für soziale Dienste. Die Vorstellung des ersten Bauabschnitts fand in der Beiratssitzung vom 25.02.2025 statt. Damals wurde bereits angekündigt, dass es einen weiteren Bauabschnitt geben wird, dieser werde heute vorgestellt.

Frau Schröder stellt mittels Präsentation den 2. Bauabschnitt vor (s. Anlage 1).

Der Bau ist etwas in Zeitverzug, soll aber bis Sommer 2026 fertig gestellt werden.

Herr Bünnagel erscheint um 19:30 Uhr zur Sitzung.

Frau Wolter spricht sich für eine Überdachung aus, das Wetter sei nicht immer gut.

Herr Tegtmeier fragt, was eine Solarbank sei.

Frau Schröder nimmt den Wunsch nach einem Unterstand noch einmal mit. Allerdings sei das problematisch auf dem Platz wegen Vermüllung etc. Sie könne den Bedarf aber verstehen.

Herr Boehlke ergänzt, dass sich einige Erwachsene sehr gerne am Spielplatz treffen, die Überdachung könnte dann dazu führen, dass diese sich dort aufhalten.

Eine Solarbank sei Bank, an der man per Solar Handy und Musikbox aufladen könne.

Herr Müller geht davon aus, dass man die Erwachsenen nicht davon abhalten könne, sich unter der Überdachung dann aufzuhalten.

Herr Jurgan fragt, ob diese Erwachsenen zur Drogenszene gehören, diese möchte man nicht bei den Jugendlichen haben.

Aus dem Publikum wird gefragt, ob es möglich sei, die Erwachsenen räumlich besser vom Spielplatz zu trennen, damit dieser kein Drogenumschlagsplatz wird.

Herr Boehlke möchte das so nicht bestätigen, die Polizei habe die Situation im Blick, es gehe eher um Alkoholkonsum. Die Personengruppe gehe nicht auf den Spielplatz.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum nimmt wohlwollend Kenntnis und stimmt dem zweiten Abschnitt der Umgestaltung des Spielplatzes in der Landskronastraße zu.

TOP 4: Sachstand zur Nachnutzung des ehemaligen Ortsamtes und des jetzigen Polizeigebäudes

Herr Boehlke begrüßt Herrn Reiner Berlips von Immobilien Bremen.

Der Beirat hat einen Sachstandsbericht im Beirat am 27.05.2025 erhalten. Daraufhin forderte der Beirat ein zügiges Verfahren zur Klärung der Nachnutzung des ehemaligen Ortsamtes. Die Gesamtbetrachtung beider Standorte (ehemaliges Ortsamt und Polizeigebäude) und äußerte den Wunsch nach einem Zwischenbericht im 3. Quartal 2025.

Der Einsatzdienst der Polizei ziehe in dieser Woche in das neue Kommissariat nach Vegesack, damit bleibe die Polizei nur noch mit einem Tagesrevier am Standort Lesum und der Großteil des Gebäudes stehe nun leer.

Herr Berlips stellt den aktuellen Sachstand vor. Er sei nicht deutlich geändert seit Mai. Die Finanzierung für die Bedarfsplanung sei nun gesichert. Ob Polizei und Ortsamt für eine Nachnutzung in Betracht kommen, ist zu klären.

Es müsse dann die Finanzierung dargestellt werden, die auch wirtschaftlich sein muss. Insofern gehe man von einer Zeitschiene aus, dass Mitte nächsten Jahres das Ergebnis der Bedarfsplanung vorliegt. Im dritten Quartal sehe man dann weiter.

Das Ortsamt habe eine Anmietung mit fester Laufzeit, und könne daher nicht vorher beendet werden. Daher gebe es kein Zeitverzug.

Im Kern sei eine tragfähige Lösung zu finden. Möglicherweise erscheine das ehemalige Ortsamt etwas besser geeignet für eine Nutzung.

Mitte des Jahres wurden die Ressorts angeschrieben, die Flächen angeboten, kein Ressort hat Bedarf an Flächen angemeldet. Beim ehemaligen Polizeirevier handele es sich um ein Gebäude, das unter Denkmalschutz steht.

Herr Hornhues hatte sich heute mehr erwartet. Im Frühjahr habe der Beirat einen Prüfauftrag mitgegeben. Er fragt, wann der Mietvertrag für das Ortsamt auslaufe.

Was geplant werde, wann ein Gebäude für eine Nachnutzung fertig sein muss. Zurzeit werden beide Standorte geprüft. In Blumenthal muss angebaut werden und hier passiere nichts. Es ärgere ihn maßlos, von Wirtschaftlichkeit zu sprechen. Seit vielen Jahren stehe das alte Ortsamt leer, man hätte viele Jahre Zeit gehabt, das sei „Geld verbrennen“.

Er bittet zügig um ein Prüfergebnis. Das alte Ortsamtsgebäude solle man verkaufen.

Frau Wolter findet, es seien zwei schöne Immobilien in Burglesum, sie fände einen Verkauf nicht gut. Das Polizeigebäude sei riesig, das möchte keine Behörde allein bespielen. Es müsse doch möglich sein, an mehrere einzelnen Behörden und Interessenten zu vergeben. Oder eine Vermietung an nicht staatliche Betriebe, zum Beispiel Arztpraxen. Sie wünsche sich kein Festhalten daran, nur einen Ankermieter zu suchen.

Herr Jurgan fragt, welche Kosten für leerstehende Gebäude entstehen; für Wartung, Instandhaltung, laufende Kosten. Welche Wertigkeit der Ortsamtsbereich Burglesum habe. Nach seiner Auffassung den letzten Platz nach den Erfahrungen der letzten Jahre.

Herr Berlips: „Der Mietvertrag läuft am 13.12.2030 aus. Es gebe ein Jahr Kündigungsfrist. Wenn im nächsten Jahr die Kosten feststehen, wenn die Finanzierung bereitgestellt würde, ist es zeitgerecht zu schaffen. Es gibt kein Instrument als Immobilien Bremen die Ressorts zu einer Nutzung zu zwingen.“

Das Ärgernis mit dem alten Ortsamtsgebäude sei ohne Frage unglücklich. Es müsse jetzt überlegt werden welche Rahmenbedingungen eingehalten werden müssen.

Das Polizeigebäude sei in die Jahre gekommen mit entsprechendem Investitionsstau. Es gebe auch jetzt schon schwierige Situationen bauordnungsrechtlicher Art in Bezug auf Brandschutz etc. In der aktuellen Situation habe Immobilien Bremen kein Geld Immobilien zu entwickeln und über Fremdvermietung die Investitionskosten zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten für das leerstehende Polizeirevier könne er zurzeit nicht sagen. Zur Wertigkeit des Ortsamtsbereiches merkt er an, dass Immobilien Bremen nicht nach Ortsamtsbereichen unterscheide.

Herr Heide fragt sich, wenn der Mietvertrag bis 2030 laufe, ob das bedeute, dass bis dahin nichts passiert, oder ob er das falsch verstanden habe.

Den Beirat störe das Grundproblem, dass kein Ressort die Sanierungskosten tragen möchte. Die Frage sei, wie geht Immobilien Bremen oder wie geht die Stadt mit dieser Problemlage um. Wie wird das in anderen Fällen gelöst. Die Fragen zum Thema Brandschutz und

Barrierefreiheit sind sicher zu stellen im Rahmen des Denkmalschutzes, bestehe deswegen kein Interesse der Ressorts?

Herr Berlips erwidert, dass im Idealfall im nächsten Jahr die Kosten und die Finanzierung feststehe, dann könne man so lange nicht über die Immobilien verfügen bis zur Herstellung.

Herr Heide fragt, ob es eine grundlegende Strategie gebe, dass immer mehr öffentliche Behörden zurück in öffentliche Liegenschaften gehen.

Herr Berlips antwortet, es gebe keine Grundsatzentscheidung des Senats hierzu. Es gebe auch nicht genug eigene Flächen. Bisher gelte nur der Grundsatz bei allen zukünftigen Anmietungen Flächen einzusparen.

Herr Tegtmeier fragt, wie teuer die Herstellung von Fluchtwegen und Brandschutz seien, ob es eine Kostenschätzung gebe. Hierzu kann Herr Berlips keine verbindliche Aussage treffen.

Herr Jurgan bittet darum, die Kostenaufstellung für leerstehende Objekte zur Verfügung stellen. Herr Berlips sichert zu, den Wunsch weiterzugeben.

Die Sitzung wird fünf Minuten zur Beschlussberatung unterbrochen.

Beschluss: (einstimmig, bei einer Enthaltung)

Der Beirat nimmt die Darstellung von Immobilien Bremen ernüchtert zur Kenntnis, dass erst nach einer Bedarfsanalyse ein Umbau frühestens ab 2027 und die Neunutzung eines und die Verwertung des anderen Gebäudes ab ca. 2030 als möglich erscheint.

Er erwartet, dass vor einer formalen Entscheidung dem Beirat die - auch zahlenbasierte - Bedarfsplanung vorgestellt wird.

Dabei ist dann auch auf Zeitschienen und realistische Verwertungsideen für das „übrigbleibende“ Gebäude einzugehen.

Der Beirat präferiert die Weiternutzung des denkmalgeschützten Polizeigebäudes mit vorhandenem Sitzungssaal für Ortsamt und Beirat, Polizei und weiteren Institutionen, z. B. Teile des aufwachsenden Ordnungsamtes mit Ordnungsdienst und Verkehrsüberwachung.

Das alte Ortsamtsgebäude sollte in dieser Variante dann endlich - also Ende 2026 - einer Nutzung für den Stadtteil - wie konzeptionell in der alten Ausschreibung festgelegt - durch Verkauf oder Erbpacht zugeführt werden.

Er fordert den Senat erneut auf, im Rahmen der Bedarfsplanung alle Ressorts und zugeordnete Ämter zu einem Beitrag zur Nutzung, evtl. auch als Außenstellen, aufzufordern und einen Hauptnutzer festzulegen.

TOP 5: Entwurf der kommunalen Wärmeplanung für die Stadt Bremen

Herr Boehlke begrüßt Annika Werner, Vertretung von der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft.

Herr Boehlke skizziert das bisherige und weitere Verfahren:

- Bis zum 23.11. lief der öffentliche Beteiligungsprozess zum Entwurf des Wärmeplans für Bremen

- Die Unterlagen hierzu haben die Beiratsmitglieder vom Ortsamt weitergeleitet bekommen.
- Heute besteht die Gelegenheit konkret auf Burglesum zu schauen.

Frau Werner stellt den Entwurf mittels Präsentation vor (siehe Anlage 2).

Frau Schnaubelt fragt, ob Brennstoffzellen auf Wasserbasis gar nicht betrachtet werden. Wasserpumpen seien sehr laut, wieviel Dezibel haben diese?

Frau Werner antwortet, das wären Einzelprojekte, die schwierig über die Fläche zu betrachten seien. In der Fortschreibung werde die technologische Entwicklung betrachtet. In der reinen Wohnbebauung seien Wärmepumpen leiser.

Frau Wolter würde sich auf Bremer Ebene wünschen, dass man eine Hilfestellung entwickeln würde für Kleinstwärmenetze. Geothermie lohne sich nicht für Einzelpersonen. Sie fragt, warum in Burg-Grambke die Vonovia-Gebäude nicht klassifiziert seien.

Frau Werner teilt mit, dass von Seiten Energiekonsens zurzeit Prüfungen laufen.

Herr Jurgan fragt, was es ihn als Hauseigentümer kosten würde, eine Wärmepumpe zu installieren.

Frau Werner antwortet, dass sei sehr individuell.

Frau Lürßen stellt fest, dass Wasserstoff nur für Industrie richtig interessant sei. 2027 trete die Grüngasverordnung in Kraft, dass immer mehr grünes Gas beigemischt werden muss. Da werde der Gasverbraucher realistisch mit 180 Euro belastet.

Frau Werner sagt, dass die Wärmeplanung lediglich einen Stand abbilde.

Herr Klepatz fragt zu den Trassen. Es gebe jede Menge Einsprüche, wenn diese durch Geschäftsgebiete führen.

Er plane zurzeit die Einrichtung von Wärmepumpen. In einigen Bundesländern gebe es eine zusätzliche Förderung für dezentrale Anlagen. Er fragt, wie das in Bremen sei.

Frau Werner erwidert, dass der Trassenausbau ein sportliches Projekt sei. Weitere Förderung für die Wärmepumpen gab es bis Mitte des Jahres. Das Förderprogramm sei eingestellt. Man sei dabei ein Kreditförderprogramm aufzubauen für ältere und einkommensschwache Personen. Zusätzliche Aufstockungsmöglichkeiten zu den Förderungen vom Bund seien erst einmal nicht geplant.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6: Beratung von Bürger*innen-Anträgen - „Insektenfreundliche Leuchtmittel in Straßenlaternen“

Der Antrag wurde von der Antragstellerin zurückgezogen.

Nach Auskunft des ASV verfügen alle Straßenlaternen in der Lesumbroker Landstraße über insektenfreundliche Leuchtmittel.

TOP 7: Anträge der Fraktionen und Einzelmitglieder

7.1: „Aufwertung des Grambker Sportparksees“

Es liegt ein Antrag der SPD-Fraktion vor. Dieser ist am 13.11.2025 eingegangen. Außerdem liegt ein ergänzender Antrag von Herrn Jurgan vor, verbunden mit dem Hinweis, dass die DLRG auf Spenden angewiesen sei. Dieser Antrag ist am 14.11.2025 eingegangen.

Herr Heide und Herr Jurgan erläutern kurz die Anträge.

Frau Schnaubelt stört sich am Begriff Wasserpflanzen, die auch sinnvoll seien. Warum man sie nicht Algen nenne. Sie sei nicht für die Entfernung nützlicher Pflanzen und fragt, ob es schon einmal überprüft wurde, wie hoch die ökologische Bedeutung der Wasserpest ist.

Ein DLRG-Vertreter aus dem Publikum: „Es geht um die Wasserpest. Es sollte regelmäßig geprüft und entfernt werden. Der Bereich zwischen Wache und Nichtschwimmerbereich hat häufig einen hohen Bewuchs.“

Herr Serbest ergänzt, dass das Schilf so hochwachse, dass die DLRG keine Sicht mehr hat. Da müsse massiv entgegengetreten werden.

Frau Wolter merkt an, dass an dieser Stelle ein Badesee sei und die DLRG für die Sicherheit da. Es helfe daher sehr, wenn die Sicht nicht beeinträchtigt ist.

Frau Schnaubelt möchte über den Passus Entfernung gesondert abstimmen.

Herr Boehlke lässt zunächst über den Antrag abstimmen ohne den Passus „Entfernung von Wasserpflanzen“.

Beschluss (einstimmig)
Der Beirat stimmt dem Antrag zu.

Es folgt die Abstimmung mit dem Passus Entfernung von Wasserpflanzen und den Ergänzungen zur Entfernung des Schilfes zur Beseitigung der Sichtbehinderungen.

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)
Der Beirat Burglesum konkretisiert den im Beschluss vom 23.09.2025 formulierten Auftrag zur Attraktivitätssteigerung des Grambker Sportparksees und fordert den Senator für Inneres und Sport auf, ein aktualisiertes Nutzungskonzept vorzulegen, das unter anderem folgende Punkte berücksichtigt:

Fest ausgewiesene Grillplätze

Der Grambker Sportparksee ist seit Jahren ein beliebter Treffpunkt zum Grillen im Freien – obwohl dies offiziell untersagt ist. Das unsachgemäße Entsorgen von Grillkohle führt regelmäßig zu erheblicher Brandgefahr in den Sommermonaten.

Der Beirat fordert daher die Einrichtung fest ausgewiesener Grillplätze mit feuersicherem Untergrund sowie die Aufstellung entsprechender Hinweisschilder. Das Grillen soll ausschließlich an diesen Plätzen erlaubt sein. Die Standorte sind in ausreichendem Abstand zum Badebereich zu wählen, um Geruchsbelästigungen zu vermeiden.

Kontrollen durch das Ordnungsamt

Das Ordnungsamt soll in den Sommermonaten regelmäßig am Grambker Sportparksee präsent sein und die Einhaltung der Grillregelungen überwachen. Sollte die Einrichtung von Grillplätzen nicht umgesetzt werden, fordert der Beirat, dass das bestehende Grillverbot konsequent durchgesetzt wird.

Entfernung von Wasserpflanzen

*Trotz der guten Wasserqualität wird das Badeerlebnis von vielen Besucher*innen als eingeschränkt wahrgenommen. Grund hierfür sind dichte Wasserpflanzen (vermutlich eine Wasserpest) im vorderen Badebereich, die beim Schwimmen oder Stehen im Wasser stören. Der Beirat fordert eine regelmäßige, fachgerechte Entfernung dieser Wasserpflanzen, um den subjektiven Eindruck und somit das Badeerlebnis zu verbessern.*

Im Sichtbereich zwischen der DLRG-Wache und dem Nichtschwimmerbereich steht ein hoher Schilf-Bewuchs, so dass die Sichtachse für eine Überwachung des Badebereichs vom Vorplatz des Wachhauses eingeschränkt ist. Diese Sichtbeeinträchtigung muss entfernt werden.

Aufwertung der Aufenthaltsqualität:

Durch mehr Beschattung durch zusätzliche Bäume können die Grünflächen aufgewertet werden. Außerdem sind mehr kostenlose Freizeitangebote (Basketballkörbe, Fußballtore etc.) zu errichten. Der Zustand der vorhandenen Volleyballfelder ist zu kontrollieren.

Des Weiteren soll die Schaffung von zusätzlichen Sitzgelegenheiten geprüft werden.

Nichtschwimmerbereich

Der bestehende Nichtschwimmerbereich ist zu vergrößern, um insbesondere Kindern und weniger geübten Schwimmerinnen und Schwimmern mehr Sicherheit und Raum zu bieten. Ein größerer Nichtschwimmerbereich könnte des Weiteren zur Wassergewöhnung und ggf. für Schwimmunterricht genutzt werden. Daher ist die Erweiterung des Nichtschwimmerbereichs in Absprache mit der DLRG zu planen.

Es folgt die Abstimmung über den Ergänzungsantrag von BD, Herrn Jurgan:

Der Text liegt den Beiratsmitgliedern vor.

Herr Boehlke lässt darüber abstimmen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Senator für Inneres und Sport oder die zuständige Behörde wird aufgefordert, die DLRG Bremen-Nord am Stützpunkt Grambker Sportparksee direkt, oder über deren Landes- und Kreisverbände, für diesen Standort höher finanziell zu fördern. Hier sollte die DLRG eine Bedarfsaufstellung über das Ortsamt der Behörde zur Verfügung stellen. Der Senator für Inneres und Sport wird nochmals aufgefordert, die Beschaffung des erforderlichen Einsatzfahrzeug der DLRG Bremen-Nord finanziell zu unterstützen

7.2: „Einrichtung Schnellladesäulen in Grambke und Burgdamm

Es liegt ein Antrag der FDP, eingegangen am 13.11.2025, vor. Er bezieht sich auf den Beschluss des Ausschusses für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus vom 14.11.2024:

„Der Ausschuss begrüßt die geplanten neuen Ladepunkte in Burglesum. Mit Blick auf die privaten, öffentlich zugänglichen Bereiche, erwartet der Ausschuss ein verstärktes Engagement der zuständigen Senatorin. Insbesondere der Ausbau auf Parkplätzen von Supermärkten birgt erhebliches Potenzial.

Der Ausschuss regt an, Burglesum als Pilot- oder Modellstadtteil für innovative Ladelösungen, wie Ladebordsteine oder Ladelaternen, zu etablieren. In diesem Zusammenhang bittet der Ausschuss das Ortsamt, Kontakt zu potenziellen Betreibern aufzunehmen. Nach Abschluss der Erstellung der Suchräume erwartet der Ausschuss einen erneuten Bericht im Ausschuss.“

Herr Serbest erläutert den Antrag:

Nicht jeder Bürger aus Burgdamm sei Hausbesitzer. Immer noch fehle der Zugang zu Ladesäulen, das sei sehr schlecht. In Burgdamm gebe es sehr wenig Ladesäulen. Konkret fehlen sie überall in den Kerngebieten.

Herr Hornhues fragt, ob es um die schnellen Ladesäulen gehe.

Herr Serbest antwortet, man müsse prüfen was möglich ist, es gebe auch Ladesäulen mit mehreren Anschlussmöglichkeiten.

Beschluss: (einstimmig, bei einer Enthaltung)

Der Beirat Burglesum begrüßt die Förderung der Elektromobilität und sieht die Notwendigkeit für den zügigen Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur in Burglesum.

Der Beirat bittet die zuständige Senatorin (SBMS), in Abstimmung mit wesernetz oder anderen geeigneten Betreibern zu prüfen, wie die Einrichtung von mindestens zwei öffentlichen Schnellladesäulen zeitnah realisiert werden kann:

- Schnellladesäulen im Kernbereich von Grambke
- Schnellladesäulen im Kernbereich von Burgdamm

Bei der genauen Standortwahl sollen neben der Erreichbarkeit und der technischen Machbarkeit (Netzanschluss) insbesondere auch die Potenziale zur Stärkung des lokalen Einzelhandels berücksichtigt werden.

TOP 8 : Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- Jugendforum Burglesum
Es fand am 19.11.2025 eine Informationsveranstaltung mit rund 50 Jugendlichen statt. Etwa 40 Jugendliche haben grundsätzlich Interesse. Das nächste Treffen findet morgen Nachmittag statt.
- 27.11.2025: Ausschuss für Verkehr, Wirtschaft und Tourismus
- 11.12.2025: Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Sport
- 16.12.2025: Sitzung des Beirats (Beginn bereits um 18 Uhr)
- 17.12.2025: Sitzung der Beiräte Gröpelingen und Burglesum zu den Planungen eines 3. Gleis zwischen Bremen HBF und Bremen-Burg

TOP 9 : Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Wolter berichtet von der Beirätekonzferenz. Im Ortsgesetz soll die geplante Änderung zum Jugendforum verankert werden. Es gebe geänderte Bauantragsverfahren und die Verwendung von zweckgebundenen Mitteln wird angepasst. Wenn es weitere Geldtöpfe geben sollte, können die Beiräte rechtssicher darüber entscheiden.

Straßenumbenennungen sollen in Zukunft auch von den Beiräten vorgenommen werden können, auch das wird im Beirätegesetz verankert werden.

Bei der Ausschussmitgliedschaft reiche es in Zukunft zur Wählbarkeit als sachkundiger Bürger EU-Bürger zu sein.

TOP 10: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder stadtteilbezogenen Angelegenheiten

10.1: **Frau Lürßen** kritisiert, dass es in diesem Jahr keinen Sozialausschuss gegeben habe. Sie hatte für die CDU im September Themen eingereicht. Herr Boehlke bemerkt, dass es die Absprache mit dem Ausschusssprecher und ihr gab, zwei bis drei Themen zu nennen, damit das Ortsamt eine Sitzung vorbereiten kann. Auf mehrfache Nachfragen gab es keine Rückmeldung. Die freien Sitzungstage wurden dann mit anderen Ausschusssitzungen geplant.

10.2: **Herr Müller** berichtet, dass man sich mit „Digital im Alter“ bei der Bertelsmann Stiftung beworben habe. Es handele sich um ein bundesweites Voting des Publikumspreises der Initiative „Digital für alle“. Digital im Alter ist das einzige Projekt aus Bremen, daher würde er sich sehr freuen, wenn alle am Voting teilnehmen und hierfür in Ihren Netzwerken werben.

10.3: **Herr Müller** teilt mit, dass er aus gesundheitlichen und Altersgründen seinen Beiratssitz aufgeben wird. Im Dezember werde seine letzte Sitzung sein.

Herr Boehlke schließt die Sitzung um 21:55 Uhr

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Wolter
Sprecherin des Beirates

gez. Tietjen
Protokoll